

Sarah Ebling, Joachim Scharloth, Tobias Dussa, Noah Bubenhofer

Gibt es eine Sprache des politischen Extremismus?

1. Begriffsbestimmung Extremismus

„Extrem“ ist ein relationaler Begriff: Seine Bedeutung ergibt sich nur aus der Beziehung zu anderen Positionen. Das „Extreme“ bezeichnet die äußerste Abweichung oder den äußersten Gegensatz zu diesem Anderen. Der Begriff des politischen Extremismus ist ein Begriff, der nicht nur in der Forschung verwendet wird. Er findet Verwendung auch in der Arbeit jener Behörden, die – dem Gründungskonsens der Bundesrepublik folgend – den Schutz der Verfassung durch Sammlung von Informationen über jene zu ihrem Auftrag haben, die aggressiv und planvoll an der Abschaffung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung arbeiten. Der Begriff des Extremismus ist damit ein Begriff aus der Verwaltungspraxis, ein Begriff mit handlungsorientierender Funktion. Er erhält seine Bedeutung aus der Rechtsprechungstradition des Bundesverfassungs- und des Bundesverwaltungsgerichts und der Verfassungs- und Verwaltungsgerichte der Länder. Aber auch die Praxis von Staatsanwaltschaften und Gerichten, der Innenministerien von Bund und Ländern sowie die Aktivitäten der ihnen unterstellten Polizei und vor allem der Verfassungsschutzämter (Neugebauer 2001: 14) tragen dazu bei, dem Begriff seine jeweils aktuelle Bedeutung zu geben. Wann der Verfassungsschutz tätig werden darf, ist in § 4 des Bundesverfassungsschutzgesetzes geregelt, wo es heißt:

(1) Im Sinne dieses Gesetzes sind

- a) Bestrebungen gegen den Bestand des Bundes oder eines Landes solche politisch bestimmten, ziel- und zweckgerichteten Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluß, der darauf gerichtet ist, die Freiheit des Bundes oder eines Landes von fremder Herrschaft aufzuheben, ihre staatliche Einheit zu beseitigen oder ein zu ihm gehörendes Gebiet abzutrennen;
- b) Bestrebungen gegen die Sicherheit des Bundes oder eines Landes solche politisch bestimmten, ziel- und zweckgerichteten Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluß, der darauf gerichtet ist, den Bund, Länder oder deren Einrichtungen in ihrer Funktionsfähigkeit erheblich zu beeinträchtigen;
- c) Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung solche politisch bestimmten, ziel- und zweckgerichteten Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluß, der darauf gerichtet ist, einen der in Absatz 2 genannten Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen.¹

¹ §4 Abs. 1 BverfSchG.

Als Teil der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zählt Absatz 2 die folgenden Verfassungsgrundsätze auf:

- a) das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
- b) die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
- c) das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
- d) die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
- e) die Unabhängigkeit der Gerichte,
- f) der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft und
- g) die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.²

Extremistisch im Sinne des Verfassungsschutzgesetzes sind damit jene Bestrebungen, die auf die Beseitigung oder Einschränkung der Prinzipien von parlamentarischer Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Pluralismus, Gewaltenteilung und Menschenrechten gerichtet sind. Organisationen, deren Ziele als extremistisch eingestuft werden, werden von den Verfassungsschutzbehörden beobachtet mit dem Ziel, gegebenenfalls gerichtsverwertbare Materialien zu sammeln³, die Exekutivmaßnahmen rechtfertigen.

Auch in der Politikwissenschaft wird der Extremismusbegriff von einer Schule von Politikwissenschaftlern in Abgrenzung zum Begriff des demokratischen Verfassungsstaates verwendet. So definieren Uwe Backes und Eckhard Jesse (1996: 45):

Der Begriff des politischen Extremismus soll als Sammelbezeichnung für unterschiedliche politische Gesinnungen und Bestrebungen fungieren, die sich in der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates und seiner fundamentalen Werte und Spielregeln einig wissen, sei es, daß das Prinzip menschlicher Fundamentalgleichheit negiert (Rechtsextremismus), sei es, daß der Gleichheitsgrundsatz auf alle Lebensbereiche ausgedehnt wird und die Idee der individuellen Freiheit überlagert (Kommunismus), sei es, daß jede Form von Staatlichkeit als „repressiv“ gilt (Anarchismus).⁴

Der demokratische Verfassungsstaat wird dabei als konstitutionelle, rechtsstaatliche, gewaltenteilende, freiheitliche, pluralistische und repräsentative Demokratie gefasst.⁵ Auch wenn die Definition als Gemeinsamkeit der unterschiedlichen Extremismen lediglich die

² §4 Abs. 2 BverfSchG.

³ Vgl. auch Winkler (2000: 42).

⁴ Analog definiert Jaschke (2006: 125) politischen Extremismus als eine Haltung, die „kämpferisch gegen wesentliche Verfassungsprinzipien verstößt, die Grundwerte der Demokratie ablehnt und für eine andere Organisationsform eintritt, die nicht auf demokratisch-rechtsstaatlichen Pfeilern steht.“

⁵ Vgl. Backes/Jesse (1996: 38f). Gessenharter (1987: 84) dehnt den Extremismusbegriff auch auf die Ablehnung des Kerns sozialer Normen aus: „Handlungen und/oder Einstellungen von Gruppen und Institutionen, insoweit diese [...] außerhalb angegebener Grenzen (Normen, Gesetze, Verfassung) liegen, durch die der Konsenskern einer Gesellschaft als markiert gilt.“

Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates nennt, tragen Backes und Jesse doch folgende weitere „strukturelle Gemeinsamkeiten extremistischer Doktrinen“ (Backes/Jesse 1996: 58) zusammen⁶:

- (1) Intoleranz gegenüber „abweichenden“ Auffassungen sowie mangelnde Kompromissfähigkeit und -bereitschaft
- (2) Pluralismus der Meinungen wird mit dem Hinweis auf die eine „wahre“ Lehre abgelehnt
- (3) die absolute Gewissheit, im Recht zu sein, und die Überzeugung von der absoluten Gültigkeit der eigenen Visionen⁷
- (4) Missionsbewusstsein
- (5) Geheimbündelei
- (6) Verschwörungstheorien: Massenmedien sind Instrumente der Meinungsmanipulation, die Parteien sind Spielbälle der Interessenverbände
- (7) Fanatismus: Bereitschaft zur gewaltsamen Propagierung und Durchsetzung der erstrebten Ziele⁸

Der von staatlichen Behörden und Teilen der Politikwissenschaft formulierte Extremismusbegriff ist ein normativer. Er ist an den Werten des demokratischen Verfassungsstaates orientiert. Die deontische Dimension des Begriffs beinhaltet, dass der Extremismus etwas ist, das beobachtet und gegen das gegebenenfalls vorgegangen werden sollte. Der Extremismusbegriff ist damit auch ein Ausgrenzungsbegriff, denn er setzt eine Grenze zwischen legaler und illegaler politischer Betätigung.

An diesem Extremismusbegriff wird Kritik geübt, sowohl von politikwissenschaftlicher Seite als auch von politisch Betroffenen. Als Beispiel für letztere sei hier ein Text mit dem Titel „Rechts ist nicht links – Hintergrund und politische Funktion des Extremismusansatzes“ (Jelpke 2009)⁹ der Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke von der Partei Die Linke angeführt. Jelpke, der Kontakte zur in Deutschland als terroristische Vereinigung verbotenen PKK und der baskischen Partei Batasuna, dem politischen Flügel der Terrororganisation ETA, nachgesagt werden, wirft den Vertretern des Extremismusansatzes vor, „die inhaltlichen Unterschiede zwischen der radikalen Linken und einer extremen Rechten nivellieren und somit die Linke durch die begriffliche Gleichsetzung mit der extremen Rechten diskreditieren [zu wollen]“ (ebd.). Der Extremismusbegriff solle die politische Mitte unabhängig von den in ihr vertretenen Inhalten legitimieren und alle Abweichungen von dieser Mitte ausgrenzen.

6 Winkler (2000: 42) deutet diese Elemente als Teil der „psychischen Grundausstattung der Akteure“. Vgl. auch Winkler (2005).

7 Vgl. Backes/Jesse (1996: 45).

8 Vgl. Backes/Jesse (1996: 45). Für eine Ausführlichere Phänomenologie vgl. Backes (1998: 289ff).

9 Zur Kritik am Extremismusbegriff aus politischer Perspektive vgl. auch Jennerjahn (2010) und Kausch (2010). Vgl. außerdem die Arbeit der „Initiative gegen jeden Extremismusbegriff“ (Inex, www.inex.blogspot.de, 15.8.2010).

Dadurch definiere der Extremismusbegriff einen legalen politischen Raum (die Mitte) und stelle alle abweichenden politischen Vorstellungen unter den Verdacht der Verfassungsfeindlichkeit. Diese Definition der legitimen Mitte erfolge jedoch nicht inhaltlich, etwa entlang der Grundwerte der Verfassung, sondern rein formal, das heißt gemäß dem Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung, zu der nach herrschender Auffassung auch das kapitalistische Wirtschaftssystem der Bundesrepublik gehöre (ebd.). Jelpke sieht also im Extremismusbegriff eine antipluralistische Strategie und ein Herrschaftsinstrument der politischen Mitte.

Aus politikwissenschaftlicher Sicht konstatiert Gero Neugebauer, dass sich keine nennenswerte empirische Forschungslinie, die die Gemeinsamkeiten von Links- und Rechtsextremismus untersucht, gebildet habe. Vielmehr beobachtet er, dass der Extremismusbegriff für Forschung zu rechtsextremen, jedoch praktisch überhaupt nicht für Forschung zu linksextremen Gruppierungen und Denkweisen verwendet werde. Diese Einseitigkeit verdanke sich seiner normativen Fundierung.¹⁰ Zwar räumt auch Neugebauer die Existenz von Gemeinsamkeiten ein, jedoch seien diese lediglich auf der Phänomen- oder Symptom-Ebene zu finden. Inhaltlich seien die Unterschiede zwischen Links- und Rechtsextremismus aber zu groß, als dass eine theoretische Reduzierung auf einen Begriff angemessen sei. Ohne wie Backes und Jesse eine präzise Bestimmung des Demokratiebegriffs vorzunehmen, konstatiert er, dass der Linksextremismus zwar antikapitalistisch, nicht aber antidemokratisch sei, der Rechtsextremismus hingegen stets antidemokratisch.¹¹ Diese Kritik verweist auf ein tiefer liegendes Problem mit dem Extremismusbegriff: Er referiert auf das Links-Rechts-Schema, das – folgt man Neugebauers Ausführungen weiter – alltagsweltlich zwar eine sinnvolle Vereinfachung komplexer Sachverhalte sein könne, aber für wissenschaftliche Zwecke wegen seiner Unbestimmtheit keinen großen heuristischen Nutzen habe.¹² Daher plädiert Neugebauer dafür, die Eindimensionalität des Extremismusbegriffs durch einen mehrdimensionalen Werteraum zu ersetzen.

Ausgehend von der beschriebenen Kontroverse um den Extremismusbegriff im politisch-institutionellen und politikwissenschaftlichen Kontext will der vorliegende Beitrag untersuchen, ob sich Gemeinsamkeiten in der Sprache von links- und rechtsextremistischen

10 Vgl. Neugebauer (2001: 16f.) und Neugebauer (2010: 13).

11 Zur Ideologie des Rechtsextremismus vgl. Stöss (2001).

12 Vgl. Neugebauer (2001: 17). „Die Eindimensionalität des Extremismuskonzepts behindert die (empirische) Extremismusforschung nachhaltig“ (Neugebauer 2001: 20).

Parteien und Gruppierungen ausmachen lassen oder ob der Extremismusbegriff zugunsten anderer Konzepte aufgegeben werden sollte. Er geht dabei – gewissermaßen als Hypothese – von der Einteilung des politischen Spektrums im Sinne des normativen Extremismusbegriffs aus und untersucht Gruppierungen des linksextremen wie des rechtsextremen Spektrums auf das gemeinsame Auftreten sprachlicher Merkmale, die als Operationalisierungen der von Backes und Jesse benannten Dimensionen des Extremismus gelten können. Sollten sich gemeinsame Merkmale finden, so kann die Hypothese als bewährt gelten; wenn nicht, dann besteht die Notwendigkeit ihrer Modifikation.

Eine sprachtheoretische Vorbemerkung ist vonnöten. Es entspricht nicht einer konstruktivistischen Sicht auf die Wechselbeziehung von Sprachgebrauch und sozialer Wirklichkeit, zwischen Phänomen- und Symptom-Ebene einerseits und der Ebene der wahren, unter den Phänomenen und Symptomen befindlichen und bestenfalls aufscheinenden Dinge zu unterscheiden, wie dies Neugebauers Kritik am normativen Extremismuskonzept nahelegt. Aus unserer Perspektive ist es der Vollzug sprachlicher Formen, der gesellschaftliche Wirklichkeit mitkonstituiert und Identitäten stiftet. Ein bestimmter Sprachgebrauch ist daher nicht (nur) ein Symptom des politischen Extremismus, sondern sein konstitutiver Bestandteil. Eine solche Denkweise sperrt sich gegen die Konstruktion einfacher Kausalrelationen nach dem Muster: der Inhalt einer bestimmten Ideologie (Ursache) führt bei ihrem Träger zu einem bestimmten Verhalten (Symptom). Sie ist vielmehr sprach- und ritualtheoretischen Überlegungen verpflichtet, nach der Intentionen den Handlungen nicht (immer) vorgängig sind, sondern durch den Vollzug symbolischer Akte (etwa das Tragen einer bestimmten Kleidung oder der Verwendung eines bestimmten Kommunikationsstils) (mit-)erworben werden.¹³

2. Korpuslinguistische Operationalisierung des normativen Extremismuskonzeptes

Die folgenden Untersuchungen sind korpuspragmatischer Natur. Die Korpuspragmatik deutet signifikant häufig auftretende sprachliche Muster in Korpora als Ausdruck von rekurrenten Sprachhandlungen der Autorinnen und Autoren der im Korpus enthaltenen Texte bzw. der sie autorisierenden Institutionen und Gruppen. Die Korpuspragmatik ist methodologisch der

¹³ Vgl. hierzu Krämer (1998) und Scharloth (2009).

quantitativen empirischen Sozialforschung verpflichtet. Sie ist darum bemüht, Konstrukten – wie etwa dem des politischen Extremismus – beobachtbare Phänomene zuzuordnen. Anders als etwa in der Umfrageforschung sind diese Konstrukte keine Antwortmuster auf Itembatterien, sondern das Auftreten bestimmter sprachlicher Phänomene und ihre Verteilung.

Von den von Backes und Jesse identifizierten gemeinsamen Strukturmerkmalen von Links- und Rechtsextremismus eignen sich nicht alle in gleicher Weise für eine korpuspragmatische Operationalisierung. Teilweise beziehen sie sich auf spezifische Formen der Interaktion in der nicht-textuellen Welt (etwa die Geheimbündelei als Form der Bildung von Face-to-face-Netzwerken). Teilweise schienen sie uns auch zu wenig trennscharf, weswegen wir beispielsweise die Merkmale

- Intoleranz gegenüber „abweichenden“ Auffassungen und mangelnde Kompromissfähigkeit und -bereitschaft
- Ablehnung von Pluralismus der Meinungen mit dem Hinweis auf die eine „wahre“ Lehre
- die absolute Gewissheit, im Recht zu sein, und die Überzeugung von der absoluten Gültigkeit der eigenen Visionen
- Missionsbewusstsein

zur Dimension *Dogmatismus und Commitment* (im Sinne einer starken Überzeugung von den eigenen Ansichten und Zielen) zusammengefasst haben. Insgesamt ergaben sich daraus die folgenden vier Dimensionen:

- (1) Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates
- (2) Dogmatismus und Commitment
- (3) Verschwörungstheorien
- (4) Fanatismus: Bereitschaft zur gewaltsamen Propagierung und Durchsetzung der erstrebten Ziele

Im Folgenden soll die korpuslinguistische Operationalisierung der Dimensionen erläutert werden.

2.1. Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates

Systemkritische Bewegungen haben fast immer auch eine sprachkritische Tendenz. Ähnlich wie sich etablierende antipluralistische Systeme neigen sie zur Ausbildung einer eigenen Ideologiesprache, die zwar nicht notwendigerweise ausdrucksseitig, aber immer inhaltsseitig vom (bislang) herrschenden Sprachgebrauch abweicht. Und dies mit vermeintlich gutem

Grund: die herrschende Sprache – so die Vorstellung – habe verschleiern den Charakter und diene der herrschenden Klasse zur Gefügigmachung der Bürger, mithin als Herrschaftsinstrument.¹⁴ Wahres Sprechen erfordert daher eine neue Sprache – so die an ontologisierende Sprachtheorien erinnernde Position.¹⁵ Selten kommen daher sich als revolutionär verstehende Bewegungen ohne kritische Thematisierungen der gegenwärtigen und teilweise sogar Explizierungen einer neuen Sprache aus. Letzteres geschieht häufig in Textsorten, die Wörterbüchern ähnlich sind.¹⁶ Etwa findet sich in dem aus dem Kontext der „Völkischen Reichsbewegung“ stammenden und unter dem Pseudonym Michael Birthelm 2008 erschienenen Buch „Komm heim ins Reich! Handbuch zur Befreiung“ eine Liste mit 126 zentralen Vokabeln aus den semantischen Feldern der Staatstheorie, der Philosophie, der Theologie und der „Rassenkunde“, die im Sinne der Autoren abweichend vom Alltagssprachgebrauch definiert werden. So wird etwa „Diskriminierung“ wie folgt definiert: „Kultur-tugend. Abgrenzung (gegeneinander), Unterscheidung des Häßlichen vom Schönen, des Bösen vom Guten, des Falschen vom Wahren, des Schädlichen vom Nützlichen. Die Diskriminierung ist die grundlegende Fähigkeit, die menschliches Handeln auf den Gebieten der Kunst, der Religion, des Wissens, der Wirtschaft und der staatlichen wie bürgerlichen Ordnung der Gemeinwesen erst ermöglicht.“ (Birthelm 2008: 385) Die Existenz solcher wörterbuchartigen Umdeutungen von Begriffen ist Symptom einer elaborierten und systematischen Kritik der „herrschenden“ Semantik. Häufiger jedoch findet sich in systemkritischen Texten eine eher unsystematische Ad-hoc-Kritik am gängigen Sprachgebrauch, indem die entsprechenden Ausdrücke metasprachlich markiert werden. Damit wird die Ablehnung der traditionellen Verwendungsweise der markierten Vokabeln zum Ausdruck gebracht. Diese Ablehnung kann sich entweder gegen die Wortform selbst oder gegen das Konzept, das dem Ausdruck zugrunde liegt, richten. Ein rechtskonservativer Politiker übt beispielsweise mit der Formulierung „Einwohner mit ‚Migrationshintergrund‘“ Kritik an der in Anführungszeichen gesetzten Wortform und drückt damit aus, dass diese nicht Teil seines persönlichen politischen Vokabulars ist. Kritik am Konzept, das hinter einem Ausdruck steht, wird etwa geübt, wenn von der „sogenannten Demokratie“ die Rede ist.

Die genannten metasprachlichen Markierungen ordnen sich ein in die von Niehr (2002)

14 Vgl. etwa die Sprachkritik von Herbert Marcuse, die für die Protestbewegung der 1960er Jahre von zentraler Bedeutung war. Vgl. Marcuse (1970).

15 Zu Sprachideologie und „sprachlichen Terrorismus“ während der Französischen Revolution vgl. Higonnet (1980), zur 1968er-Bewegung vgl. Gätje (2010).

16 So erschienen in den Jahren der 1968er-Bewegung gleich mehrere „Wörterbücher“, die neue Wörter und neuartige Begriffsprägungen erläuterten, vgl. Weigt (1968), Hofmeier (1968) und Weiss (1974).

vorgestellte Kategorie von Sprachthematizierungen, mit denen eine strategische Absicht verfolgt wird. Als zweite Hauptkategorie nennt Niehr Sprachthematizierungen, die ausschließlich erläuternden Charakter besitzen. Hier werden Wörter definiert, erklärt, oder es wird ihr Gebrauch legitimiert. Damit sind die unter dieser Kategorie subsumierten Äußerungen deskriptiver Natur.¹⁷ Sprachreflexive Äußerungen, die strategischen Zielen dienen, sind dagegen präskriptiv, sie implizieren eine „Interpretationshegemonie“ (Keller 1985: 275): Der thematisierte Ausdruck wird in der Regel als falsch/inkorrekt ausgewiesen und es wird ihm eine wahre/richtige Alternative gegenübergestellt. Klein macht deutlich, dass dem Urheber des Ausdrucks dabei häufig ein bewusstes Verwenden des „falschen“ Ausdrucks und damit eine böswillige Absicht unterstellt wird (Klein 1998: 384). Die Sprachthematizierungen verraten damit etwas über die Einstellungen des Autors und haben zugleich eine deontische Dimension. Sprachkritische Markierungen bieten somit einen Ansatzpunkt für die korpuslinguistische Operationalisierung der attitudinalen Dimension „Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates“, insofern sie als Indikatoren der Kritik an zentralen politischen Konzepten und der herrschenden Semantik insgesamt gedeutet werden können.

Niehr zeigt auf, dass die Thematisierung von Sprache mit strategischer Absicht auf drei unterschiedlichen Ebenen stattfinden kann: Kritisch beurteilt wird entweder der Gebrauch einzelner Wörter, der Gebrauch von Sprache insgesamt oder ein einzelner Argumentationsgang. Eine Untersuchung, die zum Ziel hat, den Grad der Kritik am ideologischen und institutionellen Inventar des demokratischen Verfassungsstaates mit korpuslinguistischen Methoden zu ermitteln, muss auf der Wort- bzw. Phrasenebene ansetzen. Auf dieser Ebene sind metasprachliche Markierungen als Indikatoren für Sprachthematizierungen entweder lexikalisch realisiert, indem einem Ausdruck (einer Wortform oder einer Nominalphrase) die Wendung „sogenannt“ (beziehungsweise „so genannt“) vorangestellt wird, oder typographisch, indem ein Ausdruck in Anführungszeichen gesetzt wird.

Die Quantität solcher Markierungen ermöglicht bereits Aussagen hinsichtlich des Grades der Kritik an der gesamten Semantik einer Gesellschaft. Um jedoch spezifischer die Kritik am demokratischen Verfassungsstaat zu messen, haben wir zusätzlich eine Liste solcher

¹⁷ Freilich schränkt auch jede deskriptiv intendierte Definition oder Erklärung mögliche Deutungen ein und hat damit eine über das Deskriptive hinausreichende präskriptive Funktion.

Ausdrücke erstellt, die zentrale Werte oder Institutionen des demokratischen Verfassungsstaates oder den Staat als Ganzes bezeichnen. Kritik an Schlagwörtern der Tagespolitik wurde bei dieser 86 Ausdrücke umfassenden Liste nicht berücksichtigt.¹⁸

2.2. Dogmatismus und Commitment

Extremistische Gruppierungen sind in der Bundesrepublik weit von den Schaltstellen der Macht entfernt. Die Überzeugung von der Richtigkeit der eigenen Position zeigt sich daher vor allem auch an der Intoleranz gegenüber den Positionen und Leistungen ihrer politischen Gegner. Diese manifestieren sich an der sprachlichen Oberfläche in Form von stark negativen Wertungen. Eine von uns durchgeführte Analyse zur Linkspartei¹⁹ hatte ergeben, dass es ein Signum politisch extremer Gruppierungen ist, besonders häufig stark emotionalisierende negativ wertende Wörter zu benutzen, die wir im Folgenden als skandalisierende Vokabeln bezeichnen. Die semantisch definierte Wortklasse der skandalisierenden Vokabeln schien uns deshalb eine geeignete Kategorie zur Operationalisierung der Dimension „Dogmatismus“ und „Commitment“, da sie auf eine starke Überzeugung (Commitment) im Hinblick auf die grundsätzliche Falschheit der Gegenpositionen (Dogmatismus) hindeutet.

Skandalisierende Äußerungen sind auf der lexikalischen Ebene als Einzelwortausdrücke greifbar. In der Regel handelt es sich bei ihnen um Nomen oder Adjektive. Um eine Liste derartiger Ausdrücke zu erstellen, haben wir ausgehend von unserer genannten Analyse eine Menge von eindeutig negativ konnotierten Ausdrücken definiert; dazu gehörten beispielsweise Blödsinn, Dummheit, Katastrophe, katastrophal oder ekelerregend. Dieser Grundstock wurde dann mittels einer Synonymsuche im „Wortschatz Leipzig“²⁰ rekursiv erweitert: Die Synonyme der Basiswörter wurden dabei qualitativ untersucht und für die als skandalisierend gewerteten wurden erneut deren Synonyme bestimmt.²¹ Dieser Vorgang wurde für die vorliegende Untersuchung wiederholt durchgeführt. Die daraus gewonnene Liste enthält rund 900 stark negativ wertende Ausdrücke.

Dogmatismus und Commitment sollen in der vorliegenden Studie noch durch eine weitere

18 Da Anführungszeichen nicht nur bei sprachkritischen Markierungen eingesetzt werden, sondern beispielsweise auch bei Titeln, wurde eine Stoppwortliste generiert, mit der unter anderem Zeitungsnamen herausgefiltert wurden.

19 Vgl. Forschergruppe semtracks 2009.

20 <http://wortschatz.uni-leipzig.de/>

21 Es wurde auf das dafür bereitgestellte Perl-Modul „Lingua::DE::Wortschatz“ (<http://search.cpan.org/~schroer/Lingua-DE-Wortschatz/>) zurückgegriffen.

Kategorie operationalisiert werden: die Gradpartikel. Sie dienen der Ausdrucksverstärkung oder (seltener) der -abschwächung. Bei ihnen handelt es sich um Wörter, die Verben, Adjektiven, Substantiven, Adverbien oder Präpositionalphrasen voran stehen, etwa in dem Satz: „Frau Merkel hat völlig recht!“. Die Forschung hat sie nach dem Grad der Intensivierung in Klassen eingeteilt.²² Zum absoluten Intensivierungsbereich zählen unter anderem die folgenden Ausdrücke:

Absolut, gänzlich, grundlegend, gründlich, im geringsten, komplett, längst, rein, restlos, schlechterdings, schlechthin, schlichtweg, total, überhaupt, unbedingt, voll, völlig, vollkommen, vollständig, von Grund auf, durchweg, fundamental, grundsätzlich, in vollem Umfang, reinweg, unumschränkt etc.

Zum extrem hohen Intensivierungsbereich zählen dann vor allem Wörter, die die Superlativform aufweisen und Adjektive, die von sich aus einen hohen Grad der Intensivierung beinhalten:

Höchst, äußerst, zutiefst, aufs äußerste, aufs höchste, aufs tiefste, höchlichst, (nicht) im geringsten, im höchsten Maße, bestmöglich, größtmöglich, wärmstens, weitestgehend, einzigartig, hervorragend, wunderbar, irrsinnig, irre, idiotisch, unheimlich, furchtbar, riesig, kolossal, aberwitzig, sagenhaft, fabelhaft, traumhaft, wunderbar, zauberhaft, schrecklich, ekelhaft, unvorstellbar, unsäglich, unbeschreiblich etc.

Intensivierer kodieren Emotionen und den Grad von Überzeugungen beziehungsweise der Rigorosität, mit der sie vertreten werden. Sie erscheinen uns daher – neben den vor allem auf die Haltungen und Leistungen des politischen Gegners gerichteten Skandalwörtern – geeignet, die Dimension Dogmatismus und Commitment zu operationalisieren.

2.3. Verschwörungstheorien

Nach Backes und Jesse neigen Extremisten dazu, Verschwörungstheorien anzuhängen, das heißt zu glauben, dass sich eine Anzahl Personen, meist die politischen, ökonomischen und publizistischen Eliten oder die Angehörigen einer vermeintlichen Rasse oder Glaubensgemeinschaft, konspirativ verabredet haben, um die Mehrheit der Bevölkerung über

²² Vgl. van Os 1989: 134ff. und Jahr 2000: 91-93.

wahre Sachverhalte hinwegzutäuschen, häufig mit dem Ziel des Erwerbs oder des Erhalts der eigenen Machtposition. Ziel extremistischer Publizistik ist es, Verschwörungen aufzudecken, die durch die Verschwörer geschaffenen Verblendungszusammenhänge sichtbar zu machen. Sprachlich explizit gemacht wird dies durch die Verwendung von Ausdrücken, die darauf verweisen, dass hinter der offiziellen Darstellung – etwa der Medien oder der Politiker – eine verborgene Wahrheit liegt beziehungsweise dass die Dinge nicht als das erscheinen, was sie in Wahrheit sind. Auch diese Ausdrücke sind auf der Ebene von Einzellexemen greifbar als Adjektive, Verben und Adverbien wie *angeblich*, *offenbar*, *vermeintlich*, *vorgaukeln* oder *suggestieren*. Wie die Liste der skandalisierenden Ausdrücke wurde auch diese Liste von Wörtern, die wir als Entlarvungsvokabular bezeichnen möchten, mithilfe der Synonym-Relationen im „Wortschatz Leipzig“ auf 80 Lemmata erweitert.

2.4. Bereitschaft zur gewaltsamen Propagierung und Durchsetzung der erstrebten Ziele

Die Bereitschaft zur gewaltsamen Durchsetzung der eigenen Ziele lässt sich sprachlich in Form von Vokabeln mit hohem Aggressionspotenzial erkennen. Dazu gehören vorderhand Wörter, die auf Kampf- und Kriegssituationen verweisen, etwa *Abschlachtung*, *Blutbad*, *Hauptkampflinie*, *hinrichten*, *militarisieren* oder *okkupiert*. Um eine Liste solcher Wörter zu gewinnen, wurde für die vorliegende Untersuchung ein Korpus mit Texten terroristischer Gruppierungen (RAF, „militante gruppe“ und „Revolutionäre Zellen“) mit einem Korpus von Artikeln aus „SPIEGEL Online“²³ aus dem Jahr 2009 verglichen. Die Wörter, die in ersterem Korpus signifikant häufiger auftraten, wurden qualitativ ausgewertet und die so ermittelten Kampfvokabeln mithilfe von „Wortschatz Leipzig“ um ihre Synonyme erweitert.

2.5. Übersicht

Um die unterschiedlichen Dimensionen des Begriffs des politischen Extremismus zu operationalisieren, greifen wir also auf drei unterschiedliche linguistisch-pragmatische Kategorientypen zurück. Am häufigsten bedienen wir uns semantisch definierter Wortklassen, die wir qualitativ oder durch Korpusvergleiche gebildet und mittels Synonymsuche erweitert haben (skandalisierende Ausdrücke, Entlarvungsvokabular, Kampfvokabeln). Daneben arbeiten wir mit einer semantisch-funktional definierten Wortklasse (Gradpartikeln) und einer lexikalisch-graphematischen Markierung (Sprachthematizierungen).

23 <http://www.spiegel.de/>

Dimension	Linguistische Kategorie
Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates	Sprachthematisierungen
Dogmatismus und Commitment	Skandalisierende Ausdrücke, Gradpartikel
Verschwörungstheorien	Entlarvungsvokabular
Fanatismus	Kampfvokabeln

3. Rechts- und linksextremistische Parteien aus der Perspektive des Bundesverfassungsschutz

Da wir uns am normativen Extremismusbegriff orientieren, ist es sinnvoll, bei der Einteilung der bundesdeutschen Parteien hinsichtlich des Grades extremistischer Ideologien, den sie vertreten, der Einschätzung des jährlich erscheinenden Berichts des Bundesamtes für Verfassungsschutz zu folgen, der Parteien mit offen extremistischem Gedankengut auflistet.²⁴ Um der Tatsache Rechnung zu tragen, dass das Extremismus-Potenzial einer Partei keine statische Größe ist, sondern sich über die Zeit hinweg verändern kann, wurden zur Beurteilung sämtliche verfügbaren Berichte herangezogen. Im Folgenden wird ein kurzer Überblick über die wichtigsten Veränderungen der Ideologien und Kräfteverhältnisse am rechten und linken Rand des politischen Spektrums in der Bundesrepublik zwischen 2004 und 2008 gegeben.

Für das Jahr 2004 listet der Verfassungsschutz als rechtsextremistische Parteien die „Deutsche Volksunion“ (DVU), die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) sowie die Partei der „Republikaner“ (REP) auf. Gleichzeitig betont er, dass nicht alle Mitglieder der REP tatsächlich Ziele des Rechtsextremismus verfolgten. Die NPD gewann im betrachteten Jahr durch ihren Einzug in den Landtag von Sachsen an Bedeutung. Von den drei genannten Parteien wies jedoch die DVU die meisten Mitglieder auf. Als Partei mit linksextremistischem Potenzial wird die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD) genannt. Bei der „Kommunistischen Plattform“ der „Partei des Demokratischen

24 Abrufbar unter <http://www.verfassungsschutz.de/de/publikationen/verfassungsschutzbericht/>

Sozialismus“ (PDS-KPF) stellt der Verfassungsschutz „Anhaltspunkte für linksextremistische Bestrebungen“ fest (Verfassungsschutzbericht 2004: 124).

Auch im Jahr 2005 attestiert er der NPD und der DVU ein teilweise erhebliches Rechtsextremismus-Potenzial. Beide Parteien verzeichneten in der betrachteten Zeitspanne einen Rückgang ihrer Mitgliederzahlen. Die DVU, noch immer mitgliederstärkste rechtsextremistische Partei, verlor gemäß den Autoren zugunsten der NPD an Bedeutung. Als einer von mehreren möglichen Gründen dafür wird die Lähmung der parteiinternen Debatte durch die dominierende Stellung des Vorsitzenden Gerhard Frey genannt. Die „Republikaner“ führt der Bericht nach wie vor auf der Liste der Parteien mit Rechtsextremismus-Potenzial, nicht ohne jedoch erneut zu betonen, dass nicht alle Mitglieder rechtsextremistische Ziele verfolgten. Auf der entgegengesetzten Seite des Parteienspektrums werden die MLPD, die „Kommunistische Plattform der Linkspartei.PDS“ sowie die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) genannt. Die PDS benannte sich in diesem Jahr in „Die Linkspartei.PDS“ um. Die Verfasser des Berichtes konstatieren, dass in ihr zum Ende des Jahres neben der „Kommunistischen Plattform“ nach wie vor weitere „offen extremistische Kräfte“ wirkten (Verfassungsschutzbericht 2005: 137). Der Partei wird deshalb wie im Vorjahr ein „ambivalentes Erscheinungsbild“ attestiert (Verfassungsschutzbericht 2005: 139).

Im Jahr 2006 gewann die NPD gemäß den Autoren des Verfassungsschutzberichtes weiterhin an Bedeutung, nicht zuletzt aufgrund ihres Einzugs in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Gleichzeitig setzte sich die Abwärtstendenz der DVU hinsichtlich Mitgliederzahl und Bedeutung fort, wenngleich sie nach wie vor die meisten Mitglieder innerhalb der rechtsextremistischen Parteien aufwies. Erstmals wurden die „Republikaner“ in diesem Jahr auch als Gesamtpartei nicht mehr als rechtsextremistisch eingestuft. Der Bericht hält jedoch fest, dass es in ihr weiterhin Kräfte gebe, „die rechtsextremistische Ziele verfolgen oder unterstützen“ (Verfassungsschutzbericht 2006: 52). Als Partei mit Linksextremismus-Potenzial wird erneut die DKP genannt. Über die Linkspartei schreiben die Verfasser, dass sie im betrachteten Zeitabschnitt um ein „Erscheinungsbild als neue, reformorientierte Linke“ bemüht gewesen sei, gleichzeitig aber weiterhin linksextremistische Positionen vertreten habe (Verfassungsschutzbericht 2006: 145).

Im darauffolgenden Jahr, 2007, änderte sich das Kräfteverhältnis unter den rechtsextremistischen Parteien: Die NPD wurde mitgliederstärkste Partei. Damit einher ging

ein weiterer Bedeutungsverlust der DVU. Die REP wurde nun auch im Personenpotenzial nicht mehr als rechtsextremistisch eingestuft. Als linksextremistische Kräfte nennt der Bericht wie in den Jahren zuvor die DKP, die MLPD und die „Linkspartei.PDS“, die sich in diesem Jahr mit der (nichtextremistischen) Partei „Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative“ (WASG) zur Partei mit dem Namen „DIE LINKE“ zusammenschloss. Der Bericht hebt hervor, dass auch in dieser Partei weiterhin „offen extremistische Kräfte“ zutage träten (Verfassungsschutzbericht 2007: 132).

Im Jahr 2008 verzeichnete die NPD erstmals seit 2004 einen Rückgang ihrer Mitgliederzahl. Auch die Zahl der Mitglieder der DVU verringerte sich.²⁵ Als linksextremistisch wurden weiterhin Teile der „LINKEN“ – namentlich etwa die „Kommunistische Plattform“ (KPF) –, die DKP sowie die MLPD eingestuft.

Aus dieser Übersicht ergibt sich, dass NPD und DVU über den gesamten interessierenden Zeitraum hinweg als rechtsextremistisch eingestuft wurden. Der Status der Partei „Die Republikaner“ veränderte sich im betrachteten Zeitraum: Ab 2006 wurde sie nicht mehr als rechtsextremistisch eingestuft. Der Bericht aus diesem Jahr hält jedoch fest, dass einzelne Exponenten aus ihren Reihen weiterhin mit extremistischer Ideologie sympathisierten. Der „Linkspartei.PDS“ (vormals „Partei des Demokratischen Sozialismus“) wird für die Zeit zwischen 2004 und 2007 eine zwiespältige Haltung gegenüber extremistischem Gedankengut zugeschrieben. Daran hat sich laut den Verfassern des Berichts von 2007 auch durch den Zusammenschluss mit einer nichtextremistischen Partei nichts geändert. Als konstant linksextremistisch ausgerichteter bundesweiter Zusammenschluss innerhalb der Partei gilt die „Kommunistische Plattform“ (KPF).

4. Korpora

Als Datengrundlage für die im Folgenden beschriebenen Untersuchungen wurden Pressemitteilungen der Parteien gewählt. Um die für den Links- beziehungsweise Rechtsextremismus typischen sprachlichen Muster kontrastiv ermitteln zu können, wurden Vergleichskorpora gebildet (ebenfalls mit Pressemitteilungen), die den Mittelebereich auf der politischen Skala von rechts nach links außen repräsentieren sollen. Es wurden fünf

²⁵ Zum 1.1.2011 fusioniert die DVU mit der NPD. Die fusionierte Partei trägt den Namen *NPD - Die Volksunion*.

Korpuskategorien definiert: extrem links, gemäßigt links, Mitte, rechtspopulistisch und extrem rechts. Ausgehend von den oben beschriebenen Beobachtungen des Verfassungsschutzes wurden die Parteien NPD und DVU als rechtsextremistisch eingestuft. Die Korpora mit Texten der genannten Parteien setzen sich wie folgt zusammen:

NPD: 1508 Pressemitteilungen (666.696 Wörter) aus dem Zeitraum von 2005 bis 2009²⁶

DVU: 136 Texte (75.924 Wörter) aus dem Zeitraum von 2007 bis 2009²⁷

Die „Republikaner“ (REP), die zuletzt vom Verfassungsschutz nicht mehr als rechtsextremistisch eingestuft wurden, wurden der Kategorie „Rechtspopulismus“ zugeordnet.²⁸ Diese Kategorie kann als erstes Vergleichskorpus zu den Texten der rechts- und linksextremistischen Parteien angesehen werden. Sie dient insbesondere dazu, die Grenze zwischen extremistischer und radikal-nichtextremistischer Gesinnung zu schärfen. Ihre Textbasis gestaltet sich wie folgt:

REP: 442 Pressemitteilungen (104.192 Wörter) aus dem Zeitraum von 2001 bis 2008²⁹

Der Status Mittepartei wurde der SPD, der Union (CDU und CSU) sowie der FDP zugewiesen. Die Datenbasis für dieses Korpus setzt sich wie folgt zusammen:

CDU/CSU: 2254 Pressemitteilungen (598.386 Wörter) aus dem Zeitraum von 2006 bis 2009³⁰

FDP: 7702 Pressemitteilungen (2.158.700 Wörter) aus dem Zeitraum von 2005 bis 2009³¹

SPD: 382 Pressemitteilungen (125.787 Wörter) aus dem Zeitraum von 2008 bis 2009³²

Als gemäßigt links wurden die Parteien „Bündnis 90/Die Grünen“ und „DIE LINKE“ betrachtet. Bei letzterer wurden lediglich Texte der Gesamtpartei verwendet; die parteiinternen Zusammenschlüsse, von denen einige vom Verfassungsschutz als extremistisch eingestuft werden (Verfassungsschutzbericht 2008: 150), verfügen über eigene Online-Auftritte. Folgende Texte wurden verwendet:

26 <http://www.npd.de/>

27 <http://www.die-rechte.info/>

28 Zum Rechtspopulismus vgl. Decker (2004) und Szacki (2005).

29 <http://www.rep.de/>

30 <http://www.cdu.de/db/tindex.php?taid=2>

31 http://www.liberales.de/webcom/show_websiteprog.php?wc_c=730&wc_lkm=0&bis=7700

32 <http://www.spd.de/de/aktuell/pressemitteilungen/index.html>

Grüne: 522 Pressemitteilungen (108.640 Wörter) aus dem Zeitraum von 2007 bis 2007³³

Die Linke: 792 Pressemitteilungen (176.114 Wörter) aus dem Zeitraum von 2007 bis 2009³⁴

Als extrem links wurden DKP, MLPD sowie die „Kommunistische Plattform der Partei DIE LINKE“ eingestuft. Daraus ergab sich das folgende Subkorpus:

PDL-KPF: 1627 „Mitteilungen“ (1.064.655 Wörter) aus dem Zeitraum von 2000 bis 2009³⁵

DKP: 147 Pressemitteilungen (79.457 Wörter) aus dem Zeitraum von 2002 bis 2009³⁶

MLPD: 69 Pressemitteilungen (126.140) aus dem Zeitraum von 2005 bis 2009³⁷

Die Anzahl der Wörter der so entstandenen Korpora beträgt 742.620 (extrem rechts), 104.192 (rechtspopulistisch), 2.882.873 (Mitte), 284.754 (gemäßigt links) und 1.270.252 (extrem links).

5. Ergebnisse

5.1. Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates

Die Messung (des Grades) der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates erfolgt im Folgenden anhand zweier Indikatoren: einerseits der relativen Frequenz von Sprachthematisierungen, andererseits der relativen Frequenz der metasprachlichen Markierung von Ausdrücken, die Institutionen oder zentrale Werte des demokratischen Verfassungsstaates bzw. den Staat als ganzes bezeichnen. Schon die Auswertung sämtlicher metasprachlicher Markierungen zeigt, dass sich extremistische Parteien und Gruppierungen deutlich von den gemäßigt linken Parteien und den Mitteparteien unterscheiden. Während bei letzteren der Höchstwert bei rund 20 Sprachthematisierungen je 10.000 Wörtern liegt (CDU),

³³ http://www.gruene-partei.de/cms/default/rubrik/0/3.gruene_de.htm

³⁴ <http://die-linke.de/presse/presseerklarungen/> (2007 bis 2009); evtl. <http://die-linke.de/politik/newsletter/> (2007 bis 2009)

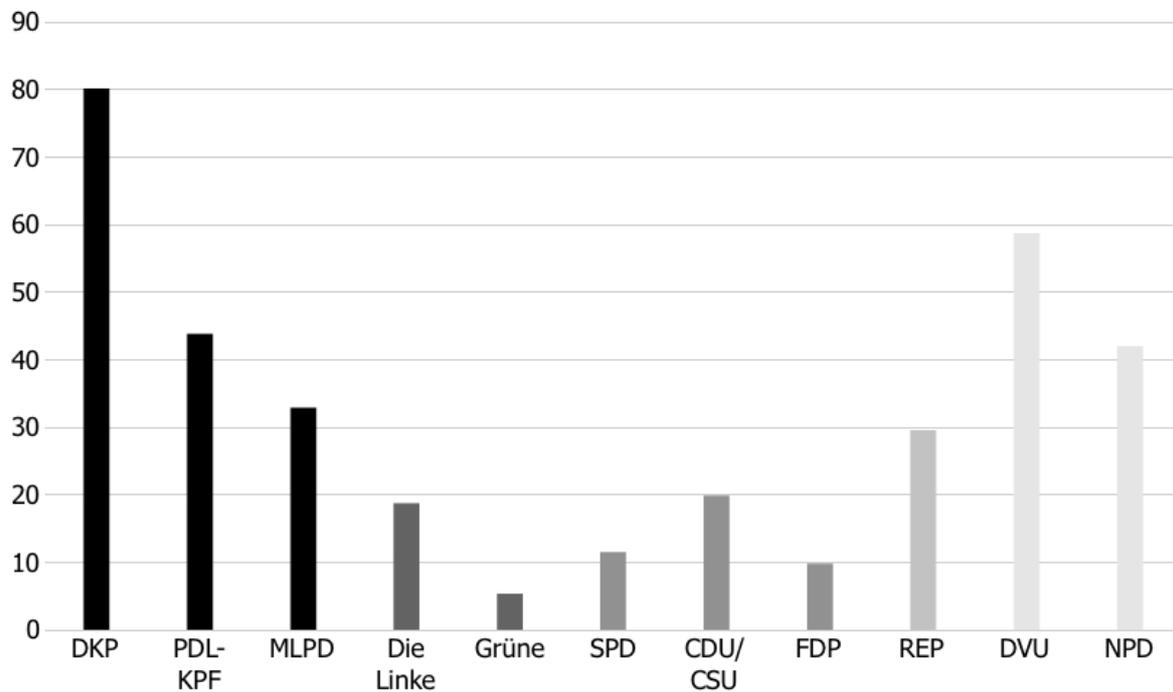
³⁵ http://die-linke.de/partei/zusammenschlusse/kommunistische_plattform_der_partei_die_linke/mitteilungen_der_kommunistischen_plattform/archiv/ (2007 bis 2009); <http://archiv2007.sozialisten.de/politik/publikationen/kpf-mitteilungen/index.htm> (2000 bis 2006). Den Texten der Rubrik „Mitteilungen“ auf der Online-Plattform der PDL-KPF kommt die Funktion von Pressemitteilungen zu.

³⁶ <http://www.dkp-online.de/uz/>

³⁷ <http://www.mlpd.de>

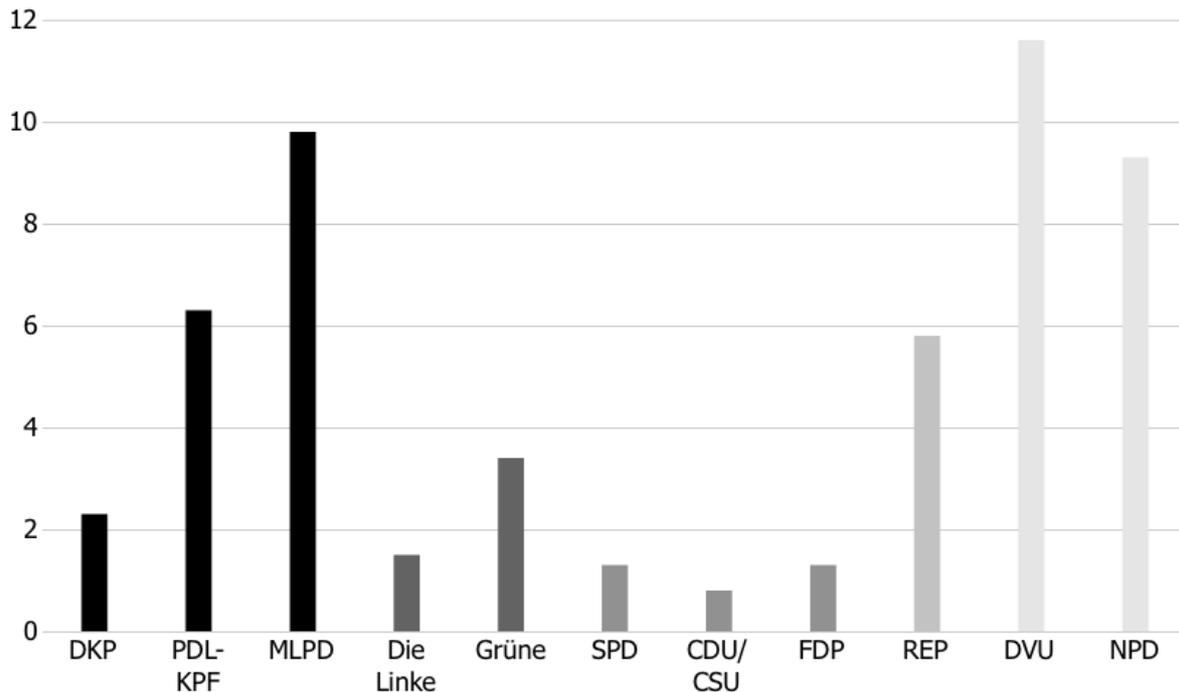
liegt er bei den extremistischen Parteien zwischen rund 33 (MLPD) und 80 (DKP).

Grafik 1: Relative Frequenz metasprachlicher Markierungen nach Parteien



Auch eine qualitative Auswertung der metasprachlichen Ausdrücke, die in den oben genannten Korpora auftreten, bestätigt die eingangs formulierte These, dass sowohl links- als auch rechtsextremistische Parteien ihre Ablehnung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung mit sprachlichen Mitteln explizit machen. Die folgende Abbildung zeigt den Anteil der metasprachlich markierten Ausdrücke zur Bezeichnung von Institutionen beziehungsweise Grundwerten des demokratischen Verfassungsstaates an allen metasprachlicher Markierungen.

Grafik 2: Anteil der metasprachlich markierten Ausdrücke zur Bezeichnung von Institutionen beziehungsweise Grundwerten des demokratischen Verfassungsstaates an allen metasprachlichen Markierungen



Es zeigt sich, dass insbesondere die rechtsextremen Parteien, aber auch die MLPD einen vergleichsweise hohen Anteil antipluralistisch intendierter metasprachlicher Markierungen aufweisen. Zwar liegt der Wert bei den Grünen auch im Bereich extremistischer Parteien, allerdings ist die Frequenz metasprachlicher Markierungen bei den Grünen insgesamt derart gering, dass die 3,2 % markierter Ausdrücke, die Grundwerte und Institutionen des Verfassungsstaates bezeichnen, lediglich zwei Token sind, die einen Type realisieren.

Insbesondere in den DVU-Pressemitteilungen finden sich zahlreiche Hinweise auf eine Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates. Metasprachlich markiert sind dort beispielsweise Ausdrücke, die in direktem Zusammenhang mit der Verfassung stehen (*Verfassungsschutz, Verfassung, verfassungsfeindlich Ziel, Verfassungstreue, Verfassungsschützer*³⁸). Ferner finden sich Ausdrücke, die die Identität der Bundesrepublik an sich oder ihren Status als freies und demokratisches Land infrage stellen (*Bundesrepublik Deutschland, frei Deutschland, bedeutend Freiheitsrecht, Demokratie*). Im übergeordneten geografischen Kontext ist eine ähnliche Kritik auszumachen (*westlich Wertegemeinschaft*). Die meisten der genannten Markierungen finden sich in der gleichen oder in leicht abgewandelter Form bei der NPD sowie bei den linksextremistischen Parteien DKP, MLPD und PDL-KPF (etwa *Verfassungsschutz, Demokratie, Freiheit, EU-Verfassung*). Darüber

38 Die Ausdrücke wurden jeweils zu Lemmata zusammengefasst.

hinaus wird in den Texten der NPD und der „Kommunistischen Plattform“ die Existenz eines *Rechtsstaats* beziehungsweise (nur bei der „Kommunistischen Plattform“) des Konzepts *Recht* mit sprachlichen Mitteln angezweifelt. In den Pressemitteilungen von DKP und MLPD wird der Ausdruck *Menschenrecht* kritisch reflektiert. Ferner finden sich die Ausdrücke *Zivilgesellschaft* und *System* (NPD) sowie *Nation* („Kommunistische Plattform“) metasprachlich markiert.

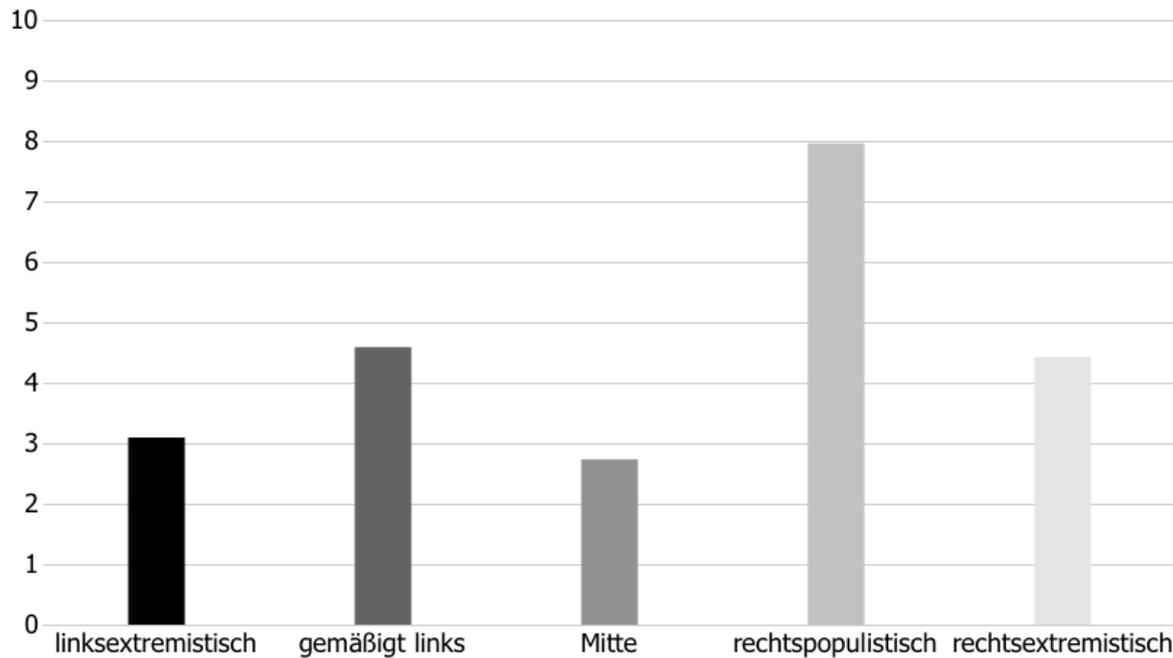
Bei der REP finden sich ebenfalls Indikatoren für eine Negierung freiheitlich-demokratischer Werte: Es wird Kritik an den Begriffen *Verfassungseid*, *Grundrechtecharta*, *Demokratiemeile* und *Deutschland* geübt. Die Anzahl derartiger Thematisierungen bei der Mittepartei FDP ist hingegen bemerkenswert: Mit *Freiheit*, *Deutschland*, *Staat*, *Verfassungsschutz*, *Recht* und *Demokratie* werden zentrale Begriffe des deutschen Verfassungsstaates markiert. Bei der SPD wird lediglich der Ausdruck *Staat* sprachreflexiv behandelt. Die meisten der genannten Sprachthematisierungen richten sich in ihrer Kritik gegen das Konzept, auf das die jeweiligen Ausdrücke verweisen.

5.2. Dogmatismus und Commitment

Die Dimension Dogmatismus und Commitment wurde von uns mittels der linguistischen Kategorien skandalisierender Wortschatz und Verwendung von Gradpartikeln operationalisiert. Eine Analyse der Frequenz skandalisierender Vokabeln nach politischen Lagern lässt zunächst keine Korrelation zu extremistischen Einstellungen erkennen.³⁹

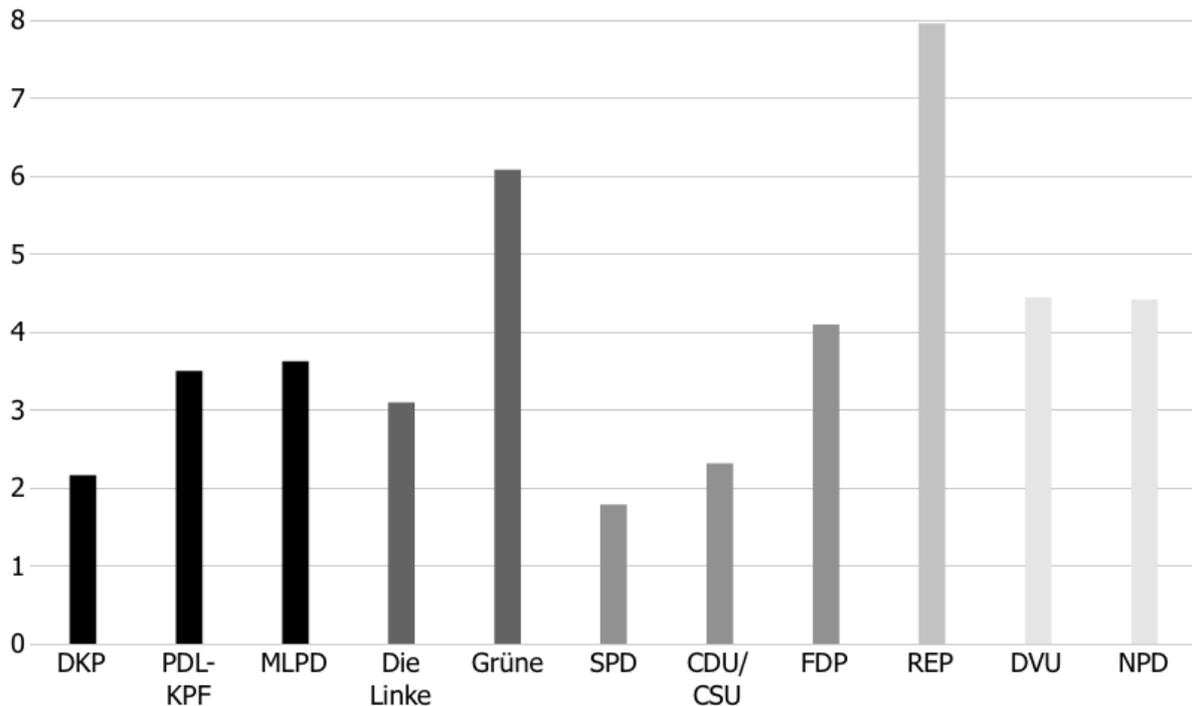
Grafik 3: Relative Frequenz skandalisierender Vokabeln nach politischen Lagern

³⁹ In den nachfolgenden Grafiken ist stets die Anzahl skandalisierender Vokabeln pro 1.000 Wörter angegeben. Bei den Grafiken der Ergebnisse nach Kategorien ist der Wert relativ zur Anzahl Parteien in der jeweiligen Kategorie zu verstehen.



Die Anzahl skandalisierender Vokabeln ist bei den rechtspopulistischen REP deutlich und bei den gemäßigt linken Parteien leicht höher als bei den rechts- und linksextremistischen Parteien. Vor dem Hintergrund dieser Ergebnisse muss die These, dass sich skandalisierende Vokabeln häufiger bei links- und rechtsextremistischen als bei Mitteparteien finden, verworfen werden. Hinweise auf mögliche Gründe für die Ergebnisse liefert eine Aufschlüsselung des Ergebnisses nach den einzelnen Parteien:

Grafik 4: Relative Frequenz skandalisierender Vokabeln nach Parteien



Hier zeigt sich, dass die Anzahl skandalisierender Vokabeln bei den nicht-extremistischen Parteien FDP und Grüne sehr hoch ist. Diese Beobachtung lässt sich mit der damaligen Oppositionsrolle der beiden Parteien erklären. Um diese Erklärung unterstützen zu können, wäre freilich eine Langzeitanalyse vonnöten, in der Status und Dauer der Regierungsbeteiligung der jeweiligen Partei berücksichtigt sind. Die hohe Anzahl skandalisierender Vokabeln bei den REP kann als Indiz für populistisch-demagogische Rhetorik gedeutet werden.⁴⁰

Neben den skandalisierenden Ausdrücken haben wir das Auftreten von Gradpartikeln als Indikator für die Dimension Dogmatismus und Commitment analysiert. Wie die folgende Tabelle belegt, ist die relative Frequenz von Gradpartikeln kein Indikator für extremistische Gesinnungen.

Partei	Gradpartikel je 1.000 Wörter
--------	------------------------------

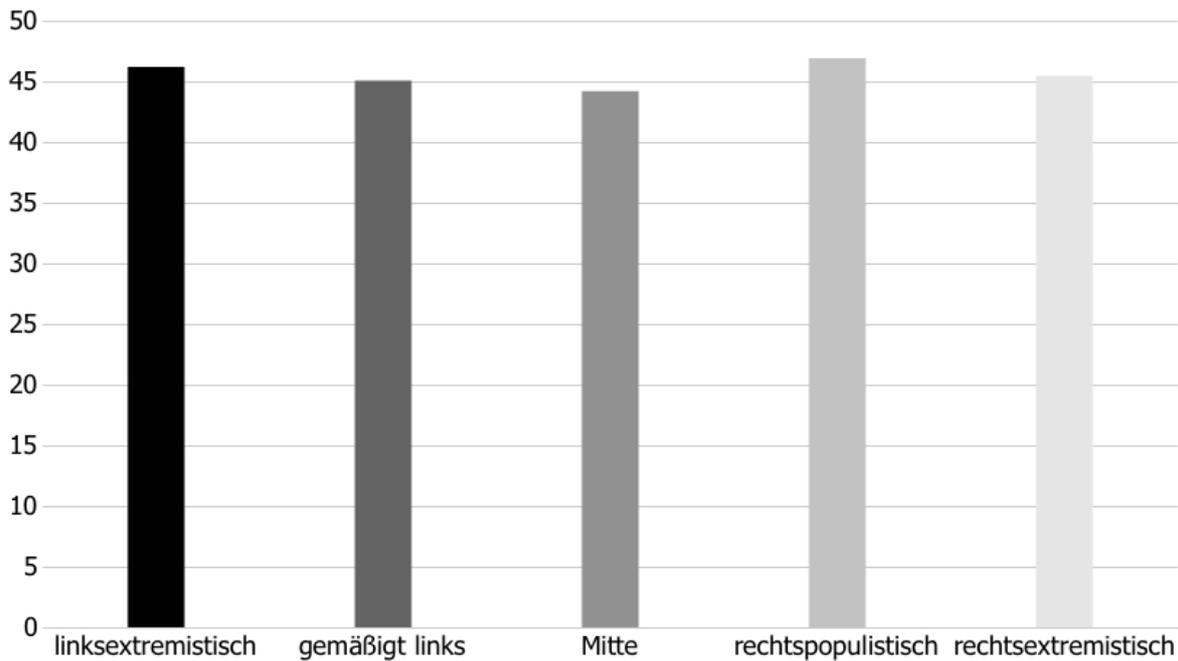
⁴⁰ Auch wenn Szacki (2005: 22) demagogische Rhetorik nicht zu den Alleinstellungsmerkmalen populistischer Parteien zählt, so ist auch für ihn evident, dass sich populistische Gruppierungen häufiger demagogischer Rhetorik bedienen.

DKP	2,94
PDL-KPF	3,72
MLPD	4,42
Die Linke	3,45
Grüne	4,3
SPD	2,79
CDU/CSU	2,92
FDP	4,45
REP	3,02
DVU	3,91
NPD	4,13

Relative Frequenz von Gradpartikeln in den Parteienkorpora

Am häufigsten benutzt die FDP Intensivierer in ihren Pressemitteilungen, gefolgt von der MLPD und den Grünen. Die Regierungsparteien SPD und CDU hingegen benutzen Gradpartikel am seltensten. Betrachtet man jedoch den Anteil der Gradpartikel im absoluten Intensivierungsbereich, der den höchsten Grad der Überzeugung kodiert, an allen Gradpartikeln in einem Korpus, so ergibt sich ein anderes Bild. Während bei den Mitteparteien der Anteil von Gradpartikeln im absoluten Intensivierungsbereich im Durchschnitt lediglich bei 44,2 % liegt, liegt der Anteil bei rechten wie linken Parteien teilweise deutlich über 45 % mit einem Maximum von 46,9 % bei den Rechtspopulisten.

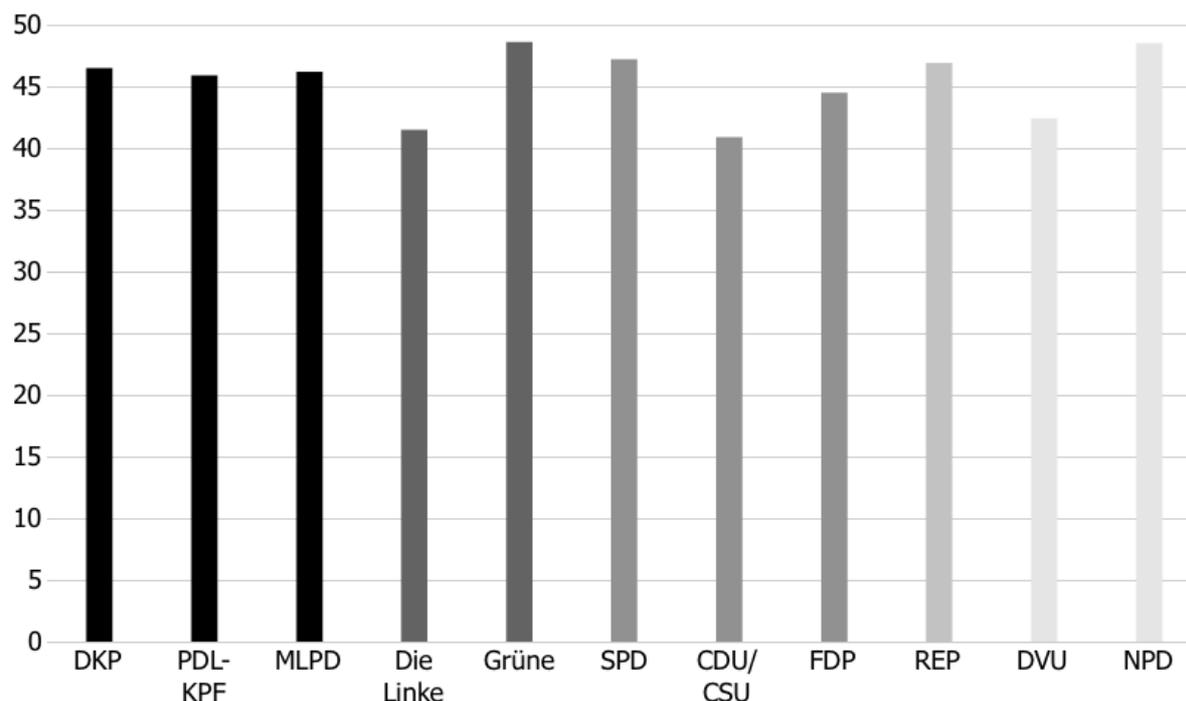
Grafik 5: Anteil des absoluten Intensivierungsbereichs an allen Gradpartikeln



Weil der Anteil des absoluten Intensivierungsbereichs⁴¹ bei den rechtsextremen Parteien (45,45 %) auch über dem bei den gemäßigt linken Parteien (45,05 %) liegt, scheint es plausibel, einen Zusammenhang zwischen extremistischen Einstellungen und der Verwendung von Intensivierern mit absolut gradierender Funktion anzunehmen. Dieses Ergebnis muss jedoch relativiert werden. Differenziert man die Analyse nach Parteien, so löst sich der zunächst klare Zusammenhang zwischen Positionierung im politischen Spektrum und Verwendung von Gradpartikeln des absoluten Intensivierungsbereichs auf.

Grafik 6: Anteil des absoluten Intensivierungsbereichs an allen Gradpartikeln nach Parteien

⁴¹ Vgl. Abschnitt 2.2.

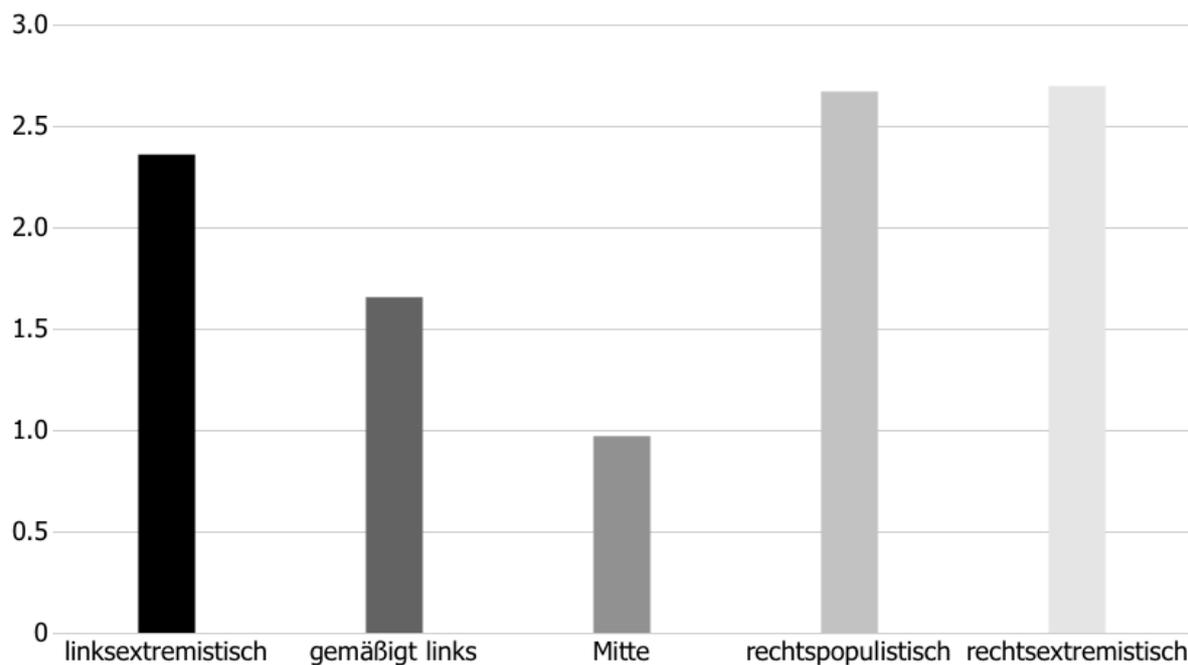


Vielmehr zeigen sich teilweise deutliche Unterschiede in den politischen Lagern. Insbesondere erreichen SPD und Grüne Spitzenwerte von über 47 %, wohingegen Linkspartei und CDU mit unter 42 % am unteren Ende rangieren. Dies mag damit erklärbar sein, dass sich hier typische Ausdrucksweisen des linksalternativen Milieus, das sich durch einen besonders affektiven Kommunikationsstil definiert(e) (vgl. Scharloth 2011), niederschlagen. Doch auch bei den als extremistisch eingestuften Parteien zeigen sich teilweise abweichende Ergebnisse. Während im Lager der linksextremen Parteien der Anteil der Gradpartikel im absoluten Intensivierungsbereich gleichmäßig um die 46 % liegt, fällt bei den rechtsextremen Parteien die DVU mit 42,4 % aus dem Rahmen. Offenbar sind also Gradpartikel insgesamt kein zuverlässiger Indikator für extremistische Gesinnungen, ganz gleich, ob man ihre relative Frequenz oder den Anteil der Intensivierer aus dem absoluten Intensivierungsbereich an der Zahl aller Intensivierer heranzieht.

5.3. Verschwörungstheorien

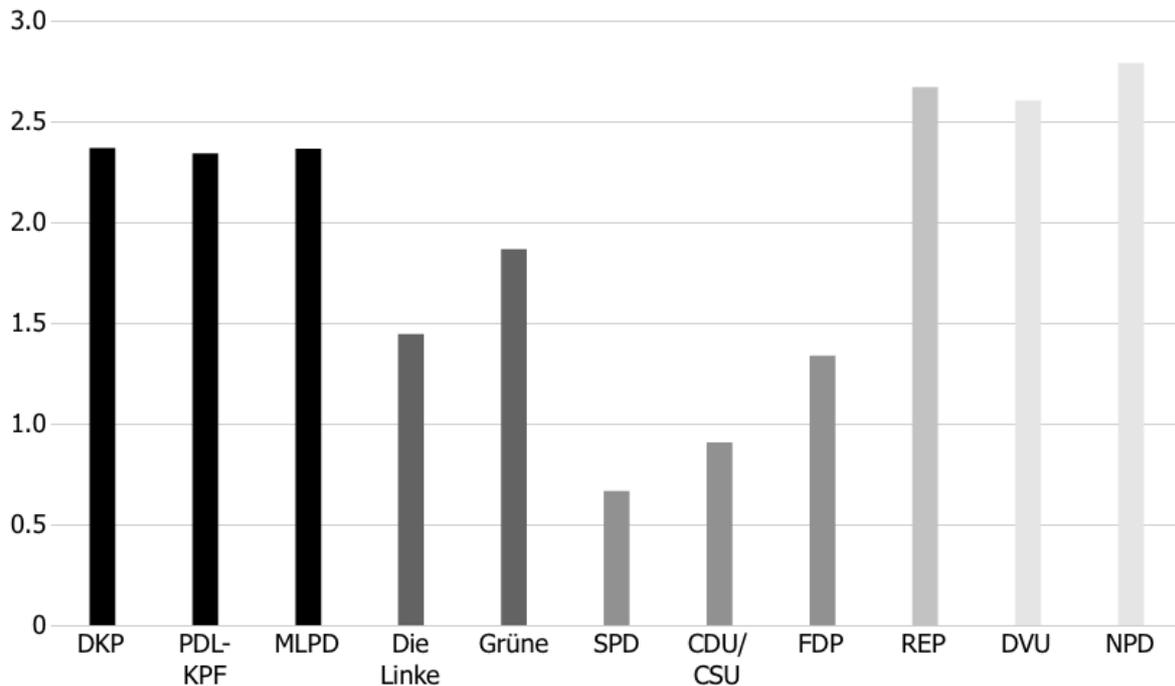
Die Ergebnisse der Analyse sprachlicher Marker für die Insinuation von Verblendungszusammenhängen stützen die eingangs formulierte These, sowohl mit Blick auf die fünf Parteienkategorien als auch auf die einzelnen Parteien. Für die links- und rechtsextremistischen Parteien haben sich deutlich höhere Werte ergeben als für die übrigen Parteien. Die folgende Grafik illustriert dies.

Grafik 7: Entlarvungsvokabular nach politischen Lagern je 1.000 Wörter



Die Aufschlüsselung nach den einzelnen Parteien fördert ein ähnliches Bild zutage. Auffallend hoch ist hier wiederum die Frequenz von Entlarvungsvokabular wie die Adjektive *angeblich*, *tatsächlich*, *vermeintlich* oder die Verben *behaupten*, *verschweigen*, *unterstellen* im Korpus der REP.

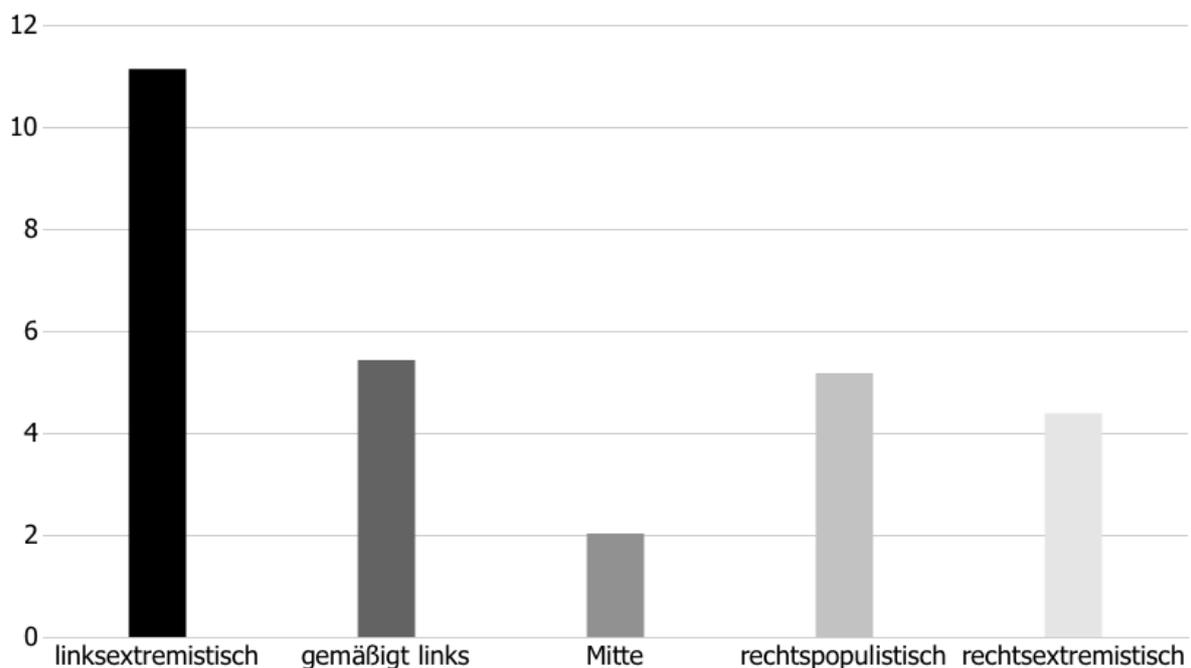
Grafik 8: Entlarvungsvokabular nach Partei je 1.000 Wörter



5.4. Bereitschaft zur gewaltsamen Propagierung und Durchsetzung der erstrebten Ziele

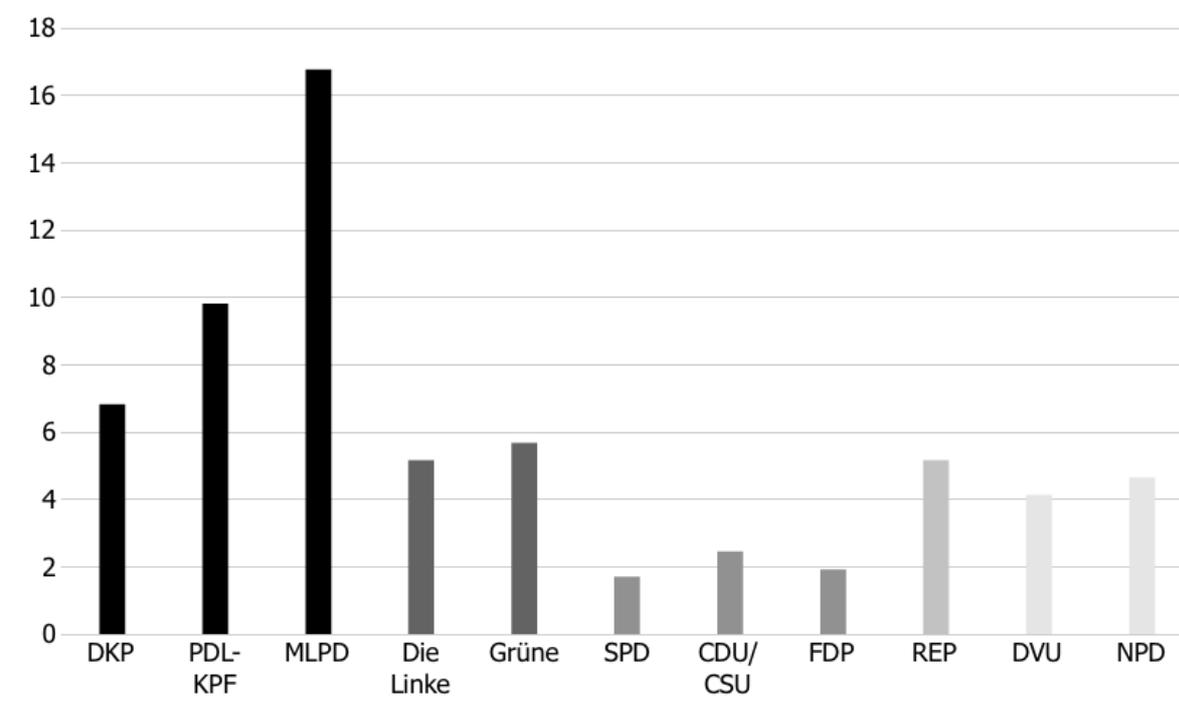
Auch mit Blick auf die vorliegende Analysekatgorie, die Bereitschaft zur gewaltsamen Durchsetzung der eigenen Ziele, bestätigt sich die zu Beginn eingeführte These tendenziell, wie die nachfolgende Grafik zeigt.

Grafik 9: Relative Frequenz des Gebrauchs von Kampfvokabular nach politischen Lagern



Bemerkenswert ist insbesondere, dass die Anzahl Kampfvokabeln der linksextremistischen Parteien jene der rechtsextremistischen Parteien deutlich übersteigt. Eine Ursache hierfür ist sicherlich, dass bei der Bildung der Wortliste von Kampfvokabeln von drei linksterroristischen Korpora ausgegangen wurde. Die Gliederung nach Parteien zeigt zudem, dass der Wert bei der MLPD außerordentlich hoch ist, möglicherweise ein Indiz dafür, dass bei ihr das Kampfvokabular der Arbeiterbewegung noch in besonderem Maße gepflegt wird. Besonders hoch ist die Typizität dann auch bei den Wörtern *Revolutionierung* (538 x häufiger als bei allen anderen Parteien zusammengenommen), *Kampfform* (248 x häufiger), *Befreiungskampf* (62 x häufiger), *Klassenkampf* (57 x häufiger), *Offensive* (53 x häufiger) und *Avantgarde* (51 x häufiger).

Grafik 10: Relative Frequenz des Gebrauchs von Kampfvokabular nach Parteien



6. Fazit

Gibt es also eine Sprache des politischen Extremismus? Orientiert man sich an den Dimensionen des normativen Extremismuskonzeptes, so ergibt sich ein gemischtes Bild. Wir konnten zeigen, dass die Dimensionen Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates und Verschwörungstheorien Korrelate im Sprachgebrauch sowohl links- wie rechtsextremistischer Parteien besitzen. Die häufige Verwendung von metasprachlichen Markierungen, insbesondere bei Ausdrücken, die Institutionen und zentrale Werte der

westlichen Demokratien bezeichnen, sowie ein signifikant häufigeres Auftreten von Entlarvungsvokabular, also von Wörtern, die einen Verblendungszusammenhang unterstellen, haben sich als Merkmale des Sprachgebrauchs extremistischer Parteien erwiesen. Weniger eindeutig waren die Ergebnisse für die Dimensionen Dogmatismus und Commitment sowie Fanatismus. Dogmatismus und Commitment waren weder über skandalisierende Ausdrücke noch über Gradpartikel eindeutig als extremistisch identifizierbar. Vielmehr zeigte sich, dass der Unterschied zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien einerseits und historische Traditionen des Sprechens und Schreibens (Emotionalität als Merkmal des Kommunikationsstils im linksalternativen Milieu) nicht nur Hintergrundvariablen waren, sondern extremistische Haltungen teilweise überlagerten. Die Verwendung von Kampfvokabular (Fanatismus) ist zwar an den Rändern der Rechts-links-Skala größer als bei den Mitteparteien, jedoch zeigte sich, dass linke Parteien generell häufiger Kampfvokabeln benutzen als rechte Parteien. Nur, wenn man eine Links-rechts-Gewichtung berücksichtigt, erweist sich der Gebrauch von Kampfvokabular als Spezifikum extremistischen Sprachgebrauchs.

Trotz der genannten Einschränkungen gibt es aber doch Gemeinsamkeiten im Sprachgebrauch politisch extremer Parteien, die auf gemeinsame Strukturmerkmale des politischen Extremismus zurückführbar scheinen. Aus linguistischer Sicht ist also der normative Extremismusbegriff nicht obsolet. Dennoch wäre es interessant zu prüfen, ob etwa die von Neugebauer (2001: 17ff.) vorgeschlagene Aufgabe der Links-rechts-Skala zugunsten eines mehrdimensionalen Werteraums nicht größere Kohärenzen zwischen Sprachgebrauch und Einstellungsdimensionen zutage fördern würde.

In methodischer Hinsicht wäre es sicher wünschenswert, Validität und Reliabilität der Messinstrumente einer tieferen Überprüfung zu unterziehen, als dies in der vorliegenden Studie möglich war. Insbesondere für die Operationalisierung der Dimension Dogmatismus und Commitment scheinen uns geeignetere linguistische Kategorien vorstellbar. Hier könnte eine methodologische Verkehrung der Perspektive viel versprechend sein. Statt wissensbasiert und qualitativ könnten die Analysekatoren *corpus-driven* generiert werden, das heißt mittels der Berechnung signifikanter sprachlicher Muster in politisch als extremistisch geltenden Textkorpora.

Darüber hinaus wäre eine Ausweitung auf weitere Textsorten, die Vergleiche zwischen

extremistischem und nicht-extremistischem Schreiben ermöglichen, sicherlich interessant. In erster Linie könnten dies Beiträge zu politischen Diskussionsforen sein. Die Frage, ob es eine Sprache des politischen Extremismus gibt, ist mit dieser knappen Studie also bestenfalls vorläufig beantwortet.

7. Literatur

- Backes, Uwe (1998): Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Backes, Uwe / Eckhard Jesse (1996): Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Birtheim, Michael (2008): Komm heim ins Reich! Handbuch zur Befreiung. o.O.: o.V.
- Bundesministerium des Innern (Hrsg.) (2005): Verfassungsschutzbericht 2004. Berlin.
- Bundesministerium des Innern (Hrsg.) (2006): Verfassungsschutzbericht 2005. Berlin.
- Bundesministerium des Innern (Hrsg.) (2007): Verfassungsschutzbericht 2006. Berlin.
- Bundesministerium des Innern (Hrsg.) (2008): Verfassungsschutzbericht 2007. Berlin.
- Bundesministerium des Innern (Hrsg.) (2009): Verfassungsschutzbericht 2008. Berlin.
- BverfSchG: Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und über das Bundesamt für Verfassungsschutz. Online: <http://bundesrecht.juris.de/bverfschg/>
- Decker, Frank (2004): Der neue Rechtspopulismus. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Forschergruppe semtracks (2009): Wie extremistisch ist die Linkspartei? In: semtracks political tracker. Bundestagswahl '09. Online: <http://semtracks.com/politicaltracker/bundestagswahl/?p=271>
- Gätje, Olaf (2011): Zur Metaphorik akademischer und avantgardistischer Sprachkritik um 1968 oder das Bemühen, „eindimensionale Denk- und Sprachformen aufzusprengen und die Vieldimensionalität konkreter Wirklichkeit zu zeigen“. In: Heidrun Kämper /

- Joachim Scharloth / Martin Wengeler (Hrsg.): 1968. Eine sprachwissenschaftliche Zwischenbilanz. Berlin, New York: deGruyter. (in Druck)
- Gessenharter, Wolfgang (1987): Extremismus. In: Axel Görlitz / Rainer Prätorius (Hrsg.): Handbuch Politikwissenschaft. Grundlagen, Forschungsstand, Perspektiven. Reinbek: Rohwolt. S. 82-88.
- Higonnet, Patrice L.-R. (1980): The politics of linguistic terrorism and grammatical hegemony during the French Revolution. In: Social History, Vol. 5, No. I, January 1980, S. 41-69.
- Hofmeier, Klaus (1968): Lieben Sie Establishment?. Köln: Deutsche Industrieverlagsgesellschaft.
- Jahr, Silke (2000): Emotionen und Emotionsstrukturen in Sachtexten. Ein interdisziplinärer Ansatz zur qualitativen und quantitativen Beschreibung der Emotionalität von Texten. Berlin, New York: de Gruyter. (= Studia Linguistica Germanica 59)
- Jaschke, Hans-Gerd (2006): Politischer Extremismus. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Jelpke, Ulla (2009): Rechts ist nicht links – Hintergrund und politische Funktion des Extremismusansatzes. Online: http://www.ulla-jelpke.de/news_detail.php?newsid=1433 (23.2.2010)
- Jennerjahn, Miro (2010): „Der fächer des Bösen“. Anmerkungen aus politischer Perspektive. In: Heinrich Böll Stiftung Sachsen (Hrsg.) (2010): Gibt es Extremismus? Extremismusansatz und Extremismusbegriff in der Auseinandersetzung mit Neonazismus und (anti)demokratischen Einstellungen. Dresden: Druckhaus Dresden. S. 23-26.
- Kausch, Stefan (2010): Ordnung. Macht. Extremismus - eine Alternativlosigkeit? Über die Gesellschaft der „guten Mitte“ und alternative Politik- und Analyseperspektiven. In: Heinrich Böll Stiftung Sachsen (Hrsg.) (2010): Gibt es Extremismus? Extremismusansatz und Extremismusbegriff in der Auseinandersetzung mit Neonazismus und (anti)demokratischen Einstellungen. Dresden: Druckhaus Dresden. S. 31-44.
- Keller, Rudi (1985): Was die Wanzen tötet, tötet auch den Popen. Ein Beitrag zur politischen Sprachkritik. In: Georg Stötzel (Hrsg.): Germanistik – Forschungsstand und Perspektiven. Vorträge des Deutschen Germanistentages 1984, Teil 1. Berlin/New York, S. 264-277.
- Klein, Josef (1998): Politische Kommunikation als Sprachstrategie. In: Otfried Jarren / Ulrich

- Sarcinelli / Ulrich Saxer (Hrsg.): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Opladen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag. S. 376-393.
- Krämer, Sybille (1998): Sprache - Stimme - Schrift: Sieben Thesen über Performativität und Medialität. In: Erika Fischer-Lichte/ Doris Kolesch (Hrsg.): Kulturen des Performativen. Paragrana, Band 7, Heft 1, S. 33-57.
- Marcuse, Herbert (1970): Der eindimensionale Mensch. Neuwied; Berlin: Luchterhand.
- Neugebauer, Gero (2001): Extremismus - Rechtsextremismus - Linksextremismus: Einige Anmerkungen zu Begriffen, Forschungskonzepten, Forschungsfragen und Forschungsergebnissen. In: Wilfried Schubarth / Richard Stöss (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Opladen: Leske und Budrich. S. 13-37 (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 368).
- Neugebauer, Gero (2010): Der Extremismusansatz aus wissenschaftlicher Sicht. In: Heinrich Böll Stiftung Sachsen (Hrsg.) (2010): Gibt es Extremismus? Extremismusansatz und Extremismusbegriff in der Auseinandersetzung mit Neonazismus und (anti)demokratischen Einstellungen. Dresden: Druckhaus Dresden. S. 11-18.
- Niehr, Thomas (2002): Kampf um Wörter? Sprachthematizierungen als strategische Argumente im politischen Meinungsstreit. In: Oskar Panagl / Horst Stürmer (Hrsg.): Politische Konzepte und verbale Strategien. Brisante Wörter – Begriffsfelder – Sprachbilder. Frankfurt/M. u.a., S. 85-104.
- Os, Charles van (1989): Aspekte der Intensivierung im Deutschen. Tübingen: Narr.
- Scharloth, Joachim (2009): Performanz als Modus des Sprechens und Interaktionsmodalität. Zur linguistischen Fundierung eines kulturwissenschaftlichen Konzeptes. In: Helmut Feilke, Angelika Linke (Hrsg.): Oberfläche und Performanz. Untersuchungen zur Sprache als dynamischer Gestalt. Berlin, New York: deGruyter, Niemeyer. S. 233-254.
- Scharloth, Joachim (2011): 1968. Eine Kommunikationsgeschichte. Paderborn: Fink.
- Stöss, Richard (2001): Ideologie und Strategie des Rechtsextremismus. In: Wilfried Schubarth / Richard Stöss (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen: Leske und Budrich. S. 101-130. (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 368)
- Szacki, Jerzy (2005): Populismus und Demokratie. Versuch einer Begriffsklärung. In: Rudolf von Thaden / Anna Hofmann (Hrsg.): Populismus in Europa – Krise der Demokratie? Göttingen: Wallstein Verlag. S. 19-24.
- Weigt, Peter (1968): Revolutions-Lexikon. Taschenbuch der ausserparlamentarischen Aktion.

Frankfurt am Main: Bärmeier & Nickel.

Weiss, Andreas von (1974): Schlagwörter der neuen Linken: die Agitation der Sozialrevolutionäre. München: Olzog.

Winkler, Jürgen R. (2001): Rechtsextremismus. Gegenstand, Erklärungsansätze, Grundprobleme. In: Winfried Schubarth / Richard Stöss (Hrsg.): Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Opladen: Leske und Budrich. S. 38-68.

Winkler, Jürgen R. (2005): Persönlichkeit und Rechtsextremismus. In: Siegfried Schumann (Hrsg.): Persönlichkeit: Eine vergessene Größe der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften. S. 221-241.